



Friedenszentrum Braunschweig e.V.

Goslarsche Str. 93
D-38118 Braunschweig
T: 0531-893033 T: 351147
E: friedenszentrum@arcor.de
Kto: 123 87-305 PB Han (250 100 30)

Rundbrief 4-12

18.6.12

Oikocredit - Geldanlegen für Gerechtigkeit

Am 24. Mai referierte Franziska Dickschen im Rahmen der Vortragsreihe WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS dankenswerterweise über ihre Arbeit bei Oikocredit. Vor gut 20 Zuhörern stellte sie zunächst grundsätzlich das Modell Oikocredit vor, welches Kleinunternehmern in Entwicklungsländern Kleinkredite ermöglicht. Weiterhin stellte sie drei Projektpartner vor. Oikocredit arbeitet beispielsweise mit Partnern in Guatemala und aus der Elfenbeinküste zusammen. Weltweit hat Oikocredit 878 Partner und 45.000 AnlegerInnen. Das Kreditportfolio beträgt 508 Millionen Euro. Kritisch analysierte Frau Dickschen im Anschluss einige Fälle, in denen Missbrauch mit Kleinkrediten getrieben wurde. Ein Allheilmittel seien Kleinkredite nicht. Auch hat sich mittlerweile eine eigene Sparte namens Mikrofinanz gebildet. Diese geht mit Versicherungen, finanzieller Beratung und Überweisungsservices über die reine Vergabe von Mikrokrediten hinaus. Zum Schluss ihres Vortrags stellte Frau Dickschen noch ein Instrument zur Messung der Verringerung der Armut vor. Der PPI (Progress Poverty Index) erstellt aus den Angaben, wie beispielsweise der Anzahl der zur Schule gehenden Kinder, ein umfassendes Bild zum Stand und zur Entwicklung der Armut im Untersuchungsgebiet.

Daniel Gottschalk

EILT: Der Jugendring Braunschweig, gemeinsam mit der ev. Jugend und dem AK Antirassismus der Ultras Braunschweig, zeigt in der **Jugendkirche am Prinzenpark** die Wanderausstellung »Residenzpflicht – Invisible Borders«. Die Ausstellung widmet sich auf anschauliche Weise der **restriktiven deutschen Asylpolitik**. Vor allem die Auswirkungen der im Hinblick auf Bewegungsfreiheit und Menschenwürde höchst fragwürdigen Residenzpflicht werden hier erfahrbar. Die Ausstellung wird bis **zum 21. Juni** zu sehen sein.

Die **Deutsch-Israelische Gesellschaft** lädt zu "einem Vortrag in Bezug auf die NAKBA-Ausstellung" ein:

Daniel Dagan: "Die Flüchtlinge im Nahen Osten", am **26. Juni**, 19:30 Uhr in der Brunsviga, Studiosaal.

Podiumsdiskussion in Hannover über **Syrien am 25. Juni:**

Veranstaltungsprogramm mit syrischen und deutschen Referenten finden Sie im Internet unter: http://www.loccum.de/p_syrien.pdf

Rieseberg-Gedenkfeier

04. Juli

16.30 Uhr Kranzniederlegung Jasperehrenmal

16.45 Uhr Abfahrt Sonderbus, Ruhfütchenplatz

17.00 Uhr Kranzniederlegung Friedhof Braunschweig

18.00 Uhr Gedenkfeier in Rieseberg

Begrüßung Michael Kleber, DGB-Regionsvorsitzender

Rede: Matthias Wunderling-Weilbier, Landrat Landkreis Helmstedt

musikalische Begleitung: Gewerkschaftschor Gegenwind Wolfsburg

Stolpersteine für die Riesebergopfer

Verlegung am **18. Juli** ab ca. 10:00 Uhr durch Gunter Demnig

Julius Bley, Siegfriedstraße 37

Herrmann Behme, Kreuzkampstraße 8

Alfred Staats, Spinnerstraße 10

Hans Grimminger, Julius-Konegen-Straße 15

Willi Ludwig, Madamenweg 166

Willi Steinfuß, Abelnkarre 10

Reinhold Liesegang, Jahnstraße 20

Walter Römling, Jahnstraße 20

"Green New Deal" - ein Ausweg aus der Krise? Zwischen Illusion und Wirklichkeit

am Donnerstag, den **21.06.2012** von 18:30 - 20:00 Uhr

in der Aula im Haus der Wissenschaft der TU, Pockelsstr. 11, 3. Stock

mit **Sven Giegold MdEP** und **Dr. Bernd Röttger** (im FZ hielt er 2009 einen Vortrag zum gleichen Thema)

Israel-Palästina

Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte (ILMR) Germany, schreibt:

Erneut hat die Israelische Armee am 06.06.2012 einen Mitarbeiter des THE FREEDOM THEATRE im palästinensischen Jenin verhaftet und an einen unbekanntem Ort gebracht. Der Direktor der "Acting School" des Projektes, Nabil Al-Raei, wurde in den frühen Morgenstunden von schwerbewaffneten und maskierten Soldaten in seiner Wohnung aus dem Schlaf gerissen und verschleppt. Jonatan Stanczak, der Direktor des Freedom Theatre, wohnt im gleichen Haus und versuchte mit den Soldaten auf Hebräisch zu verhandeln. Wie bei solchen Aktionen üblich wurde er von diesen zurückgewiesen und bedroht.

Vordergründig startet die Israelische Armee diese Aktionen, weil sie den Mord an Juliano Mer-Khamis immer noch nicht aufklären konnte.

Der jüngste Bericht von **Amnesty International** zur Lage der Gefangenen in israelischen Gefängnissen ist deprimierend. Im Fokus dieser Untersuchung stehen solche Gefangene, die unter Administrativhaft gehalten werden, ohne dass sie jemals angeklagt, geschweige denn einen ordentlichen Prozess bekommen hätten. Diese Form des Wegsperrrens ist bequem und erfolgt auch willkürlich gegen Personen, die keinerlei Gefahr für die Sicherheit Israels darstellen, wie z. B. Aziz Dweik, Vorsitzender des 2006 demokratisch gewählten palästinensischen Parlaments. Die Verwaltungshaft kann immer wieder um sechs Monate verlängert werden, theoretisch, falls nötig, ad infinitum. So wird elementar gegen das Recht auf einen fairen Prozess verstoßen.

Immerhin hat der gerade beendete Hungerstreik der Gefangenen Erfolg gehabt!
Den amnesty-Bericht über Israel findet ihr unter

<http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE15/026/2012/en/d33da4e1-b8d2-41fe-a072-ced579ba45c7/mde150262012en.pdf>

Rolf Verleger schrieb uns einen Brief.

Liebe Freunde,

vor zwei Monaten hatte ich auf Peter Beinart aufmerksam gemacht, der in der New York Times vom 18.3. zum Boykott von israelischen Siedlungsprodukten aufgerufen hat - um Israel zur Änderung seiner politischen Ziele zu bringen.

Vor drei Wochen hatte ich darüber berichtet, dass die britische Supermarktkette coop alle Handelskontakte zu Lieferanten abgebrochen hat, die Produkte exportieren, die in den "Siedlungen" der Westbank hergestellt wurden.

Die Liste lässt sich fortsetzen:

Der dänische Außenminister Villy Sovndal plant, den Supermärkten seines Landes zu gestatten, Produkte aus Westbank-"Siedlungen" mit einer besonderen Etikette zu versehen. Mit dieser Ankündigung verhält Dänemark sich gleich wie Südafrika, das dieser Tage eine ähnliche Initiative lanciert hatte. "Dieser Schritt", erklärte Sovndal in einem Zeitungsinterview, "zeigt den Konsumenten klar, dass diese Produkte unter Bedingungen hergestellt werden, die nicht nur die dänische Regierung, sondern auch andere europäische Regierungen nicht gutheißen. Es bleibt dann den Konsumenten überlassen, die betreffenden Produkte zu kaufen oder nicht." Und wie ist es in Deutschland?

Wir können etwas bewegen: Unter dem Motto "Besatzung schmeckt bitter" hat pax christi Deutschland nun eine Initiative gestartet, die ich aus tiefstem Herzen begrüße.

<http://www.paxchristi.de/nahost.infos.2/nahost.partner.2/nahost.infos.2.2/nahost.infos.2.2.3/index.html>

Mit besten Grüßen

Rolf Verleger

Sahel

1 Million Kinder stehen im Sahel kurz vor dem Verhungern. Nur gezieltes und rasches Handeln kann verhindern, dass diese Katastrophe ein tödliches Ende nimmt. Sollten nicht 1.5 Milliarden Dollar an Soforthilfe in die Region gebracht werden, sind laut UN Millionen Leben in Gefahr. Aber unsere Regierungen haben **weniger als die Hälfte davon zugesagt. Die Länder, die den Unterschied machen können, sind die USA, Japan, Frankreich und Deutschland, doch sie stellen sich taub** -- deshalb eine Petition auf Avaaz' neuer Plattform, um die Welt um Hilfe zu bitten.

Unterzeichnen Sie jetzt:

http://www.avaaz.org/de/petition/The_grain_sacks_are_empty/?tta

Über eine Milliarde Euro kassieren derzeit europäische Firmen – für ihren Beitrag zum Mega-Staudamm Belo Monte in Brasilien.

Doch für das Großprojekt sollen bis zu 40.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden. Darunter viele Indigene, die hier in Harmonie mit dem Wald und seinen Flüssen leben. 600 km² Regenwald sollen einfach geflutet werden. Durch die verfaulenden Pflanzen würden gigantische Mengen an Treibhausgasen freigesetzt. Besorgniserregend: Belo Monte ist nicht das einzige Projekt seiner Art. 150 weitere Staudämme sind in Amazonien geplant. Und an allen Projekten wollen

europäische Firmen verdienen.

Bitte fordern Sie die Unternehmen auf, sich aus Belo Monte zurückzuziehen und sich nur an umwelt- und sozialverträglichen Projekten zu beteiligen.

<https://www.regenwald.org/aktion/873/bitte-helft-die-palmoel-mafia-zu-stoppen>

Die Regierung will sich nicht für mehr **Korruptionsbekämpfung** einsetzen und droht eine Frist verstreichen zu lassen, die ihr der Europarat gesetzt hat. Zeigen Sie Merkel dafür die Gelbe Karte und unterschreiben Sie den Appell!

<http://www.lobbycontrol.de/gelbekarte>

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, den Einsatz und die Produktion unbemannter, bewaffneter Drohnen zu ächten und die Bundesregierung auffordern diese Position international zu vertreten.

Der Einsatz unbemannter, bewaffneter Drohnen zu Wasser, zu Land und in der Luft, sowie deren steigende Autonomie bringt neben erheblichen technischen Risiken auch zahlreiche ethische Probleme mit sich:

- Die Sicherheit vor Softwarefehlern, die Sicherheit der Waffen bei Absturz und Verlust und die Sicherheit vor einer feindlichen Übernahme der Kontrolle über eine Drohne kann niemals garantiert werden.

- Da mit einem Einsatz von Drohnen eine Reduzierung der Anzahl der Soldaten vor Ort einhergeht, die sich mit eigenen Augen und Ohren ein Bild der Lage vor und nach dem Einsatz machen könnten, muss von einem erheblichen Verlust demokratischer Kontrollmechanismen ausgegangen werden.

- Es muss davon ausgegangen werden, dass eine (autonome) Drohne die Kapitulation feindlicher Kämpfer nicht zuverlässig erkennen kann. Die Genfer Konvention sichert in diesem Fall Kämpfern ein Recht auf Gefangennahme zu und verbietet es feindliche Kämpfer in dieser Situation zu töten.

- Die direkte Kommunikation (z.B. Verhandlungen über Feuerpausen zur Bergung von Toten) mit feindlichen Kämpfern ist bei einem Drohnenangriff/ Drohnenkrieg erheblich erschwert. Eine (autonome) Drohne wird einen Parlamentär, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zuverlässig erkennen. Dieser genießt jedoch völkerrechtlich Unverletzlichkeit.

- Die größere Entfernung der Einsatzkräfte vom Kriegsgeschehen wird die Wahrnehmung des Leides und der Kriegsfolgen erheblich schwächen. Als Beweis hierfür sei auf das Milgram-Experiment hingewiesen.

- Eine Drohnenarmee benötigt deutlich weniger Personal als eine konventionelle Armee. Daraus folgt, dass eine riesige Armee theoretisch von wenigen Personen kontrolliert werden kann. Man stelle sich nur vor, die gestürzten arabischen Diktatoren wären im Besitz einer solchen Armee gewesen: Es hätte die Umstürze wohl nicht gegeben, da Drohnen - anders als Soldaten - stets loyal sind und bleiben. Zusammengefasst überwiegen die Nachteile des Einsatzes bewaffneter Drohnen den einzigen Vorteil, des geringeren Risikos für die eigenen Soldaten, deutlich. Eine gute Grundlage für den Einsatz von nicht bewaffneten (autonomen) Drohnen bilden z.B. die "Robotergesetze" von Isaac Asimov. Es gibt sehr viele sinnvolle Einsatzszenarien für Drohnen - für keines davon ist jedoch eine Bewaffnung erforderlich.
